



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT

DIG Stuttgart, B. Illi, Keplerstr. 34, 73760 Ostfildern

Deutscher Evangelischer Kirchentag
Zentrales Büro
Postfach 1555
36005 Fulda

Offener Brief – Nakba-Ausstellung beim Kirchentag ausladen

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Befremden haben wir erfahren, dass auf dem diesjährigen Deutschen Evangelischen Kirchentag die Ausstellung Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948 des Vereins Flüchtlingskinder im Libanon e. V. auf dem Kirchentag von 1.- 4. Mai 2013 gezeigt werden soll.

Diese Ausstellung ist, wie die InitiatorInnen selbst auf ihrer Webseite dokumentieren (s. u.) – leider in der Kommentierung sehr einseitig und wenig differenziert –, hoch umstritten und in verschiedenen Orten schließlich nicht gezeigt worden. Dies hat seinen Grund darin, dass die Darstellung der Ausstellung tendenziös, im Kern antizionistisch und unseriös die Geschichte des Konfliktes im Nahen Osten darstellt. In dieser Ausstellung wird die Gründung des Staats Israel 1948 als Höhepunkt einer illegitimen Landnahme beschrieben, mehr noch: Durch den Begriff 'Nakba' wird die Gründung des Staates Israel zu einer Katastrophe erklärt und damit schon im Titel deutlich gemacht, welches Wunschziel der Ausstellung zugrundeliegt und sie in ihrer Botschaft an Betrachtende charakterisiert: die Abschaffung des jüdischen Staates.

Wir protestieren nachdrücklich dagegen, dass der evangelische Kirchentag solche Propaganda im Programm zulässt und fordern Sie auf, die Ausstellung auszuladen.

Die Ausstellung Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948 betreibt unverhohlene Geschichtsklitterung und der Zweck, der damit verfolgt werden soll, ist die Delegitimierung und Dämonisierung des jüdischen Staates. Wir illustrieren dies an drei Beispielen.

Es wird in den Tafeln der Ausstellung wiederholt behauptet, dass es vor der Gründung Israels eine palästinensische Nation gegeben habe, deren Land durch die Balfour-Erklärung von 1917 jüdischen Einwanderern versprochen worden sei. Eine solche Nation (in jedem Sinne des Wortes 'Nation') hat es nie gegeben, es ist auch umstritten, ob es sinnvoll ist, von einem "palästinensisches Volk" zu sprechen, wie es in der Ausstellung geschieht. Im Gegenteil legt die Balfour-Erklärung fest, dass es einen jüdischen Staat geben soll, und spricht überhaupt nicht davon, ob es einen arabischen Staat geben soll oder nicht. Die Ausstellung stillisiert die Balfour-Erklärung geradezu als "Sündenfall", weil überhaupt jemand gewagt hatte, das Recht der im britischen Mandatsgebiet ansässigen und der zuwandernden Juden auf einen selbstverwalteten Staat zu erklären. Viel wichtiger als die Balfour-Erklärung für die Gründungsgeschichte ist überdies der Teilungsplan der Vereinten Nationen von 1947, der explizit erstmals einen arabischen Staat sowie einen jüdischen Staat vorsieht. Allerdings kam es wohl zur Gründung eines israelischen Staates, aber nie zur Gründung des vorgesehenen arabischen Staates, weil die einflussreichsten politischen Kräfte in den arabischen Bevölkerungen außerhalb von Israel bis heute damit beschäftigt sind, ultimativ die Vernichtung Israels zu

Arbeitsgemeinschaft Stuttgart und Mittlerer Neckar

Vorsitzende:

Bärbel Illi
Keplerstr. 34
73760 Ostfildern
Tel: 0711-4411138
Mobil 0151-14943690
baerbel.illi@t-online.de

Stellvertreter/-in:
Michael Kashi
Christine Langner

Schatzmeister:
Raphael Rupp

Ehrenvorstand:
Meinhard Tenné

12. April 2013

Konto 8 710 725
BW-Bank Stuttgart
BLZ 600 501 01

www.dig-stuttgart.net
www.facebook.com/DIGStuttgart

planen und propagandistisch vorzubereiten und keineswegs Interesse zeigen, einen Staat Palästina zu errichten, der seinen Bürgern – und einem Teil der Flüchtlingsnachkommen – eine verfasste Staatsbürgerschaft geben könnte.

Schon gleich nach der Gründung Israels 1948 fielen die jordanische, irakische, syrische und ägyptische Armee über den jungen Staat her. Der Termin dieses Angriffs zeigt, dass es grundsätzlich gegen die Gründung des jüdischen Staates, die von der UN-Vollversammlung beschlossen worden war, ging und keine Rede davon sein kann, dass irgendwer irgendwem anders etwas "weggenommen" hätte.

Die Einlassungen der Ausstellung darüber, wie die Gründung des Staates Israel (und die vorgesehene, aber nicht erfolgte Gründung eines arabischen Nachbarstaates) verlief, zeichnen ein viel zu einfaches und einseitiges Bild und suggerieren, dass "der Zionismus" (der als "Wurzel des Palästina-Problems" bezeichnet wird) "die Palästinenser" "ihrer Heimat und ihres Besitzes beraubt" hätte und zu einem "Volk von Flüchtlingen" gemacht habe.

Der ultimative Grund dafür, dass der Staat Israel gegründet werden musste – die Vernichtung der Juden durch den deutschen Nationalsozialismus–, wird an wenigen Stellen nebensächlich erwähnt und dann lediglich, um deutlich zu machen, dass "die einheimische arabisch-palästinensische Bevölkerung" leidtragend sei (Tafel 2).

Aus Auschwitz folgt aber unmittelbar die Einsicht, dass Juden als Verfolgte sich nicht darauf verlassen können, von nicht jüdischen Staaten, Parteien, Kirchen und Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Kräften wirksam geschützt zu werden, wenn man sie vernichten will. Deshalb ist ein jüdischer Staat als Lebensversicherung, mit den Gewaltmitteln zur Sicherung der Existenz und Unversehrtheit seiner Bürger, die einem jedem modernen Staat zur Verfügung stehen, absolut notwendig.

Die Ausstellung Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948 hingegen gibt als Grund für die Gründung Israels vage den Zionismus an, der erscheint in den Tafeln der Ausstellung sowie in der Broschüre zur Ausstellung wie das Partikularinteresse einer kleinen Gruppe, wobei die Notwendigkeit einer Heimstatt für alle Juden nach den historischen Erfahrungen, die in der Shoah kulminierten, ignoriert wird. Damit stellt die Ausstellung die Gründung Israels grundlegend verzerrt dar. Sie macht die jüdischen Einwanderer und späteren Israelis pauschal zu Landräubern und unklar motivierten feindseligen Zerstörern und verbannt den Charakter Israels als Lebensversicherung der Juden vage in Fußnoten.

Schließlich werden durch die Ausstellung im Zusammenhang mit dem Unabhängigkeitskrieg systematisch Feindseligkeiten arabischer Bevölkerungsteile gegen Juden (sowohl im 20. Jahrhundert einwandernde Neuankömmlinge als auch gegen den 1948 seit Jahrhunderten ansässigen Yishuv) ausgeblendet.

Beispielhaft für diese Feindseligkeiten steht der Großmufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini, der als zentrale Figur der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse im Mandatsgebiet der 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts zu betrachten ist und daher stellvertretend für das Ressentiment weiter arabischer Bevölkerungskreise gelten kann. Der Großmufti war ein glühender Antisemit, der hoffte, dass das nationalsozialistische Deutschland nach der "Lösung der Judenfrage" in Europa gemeinsam mit ihm und seinesgleichen Gleiches im Nahen Osten vollziehen möge und der bereits im Vorhinein in höchstem Maße aktiv zur geplanten Auslöschung des Judentums beitrug.

Die Ausstellung Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948 zeichnet demgegenüber ein Bild der arabischen Bevölkerung als in der Gesamtheit friedliche agrarische Gesellschaft, die von Horden jüdischer Terroristen und Soldaten unschuldig überfallen, beraubt und massakriert worden sei. Abgesehen davon, dass es nur sehr wenig Raub des Landes im Mandatsgebiet gab (die allergrößte Teil wurde tatsächlich rechtmäßig käuflich erworben) und Massaker allenfalls die Ausnahme waren – und nicht wie die Ausstellung suggeriert, die Regel – lässt eine solche Darstellung vollkommen außer Acht, dass es bereits seit 1920 und bis weit in die späten 30er-Jahre judenfeindliche Pogrome arabischer Kräfte gab, die Ausdruck eines verbreiteten Antisemitismus in der arabischen Gesellschaft des Mandatsgebiets waren. Diese grundsätzlich judenfeindliche Haltung hält bis heute in großen Teilen der palästinensischen Gesellschaften an. So bezeichnet die im Gazastreifen herrschende Hamas israelische Städte wie Aschdot und Sderot als „besetztes Gebiet“ und beteuert, keine Juden auf "palästinensischem Boden" dulden zu wollen – eine notdürftig verklausulierte Ankündigung, den Staat Israel und seine Einwohner zu vertreiben respektive zu vernichten. Währenddessen leben im Staat Israel rund 20% arabische Staatsbürger, die dieselben Bürgerrechte haben wie jüdische Israelis und dort ein besseres und freieres Leben haben als beliebige arabische Einwohner im Gazastreifen unter der Hamas oder im Westjordanland unter der Palästinensischen Autonomiebehörde. Die Flüchtlinge, um deren Wohl besorgt zu sein die Ausstellung suggeriert, leben heute in Libanon, Syrien und Jordanien, zum Teil unter schwierigsten Bedingungen. Die Flüchtlinge und ihre Nachkommen, die als einzige Flüchtlingsgruppe der Welt den Status von Flüchtlingen erben, werden bis heute nicht in die aufnehmenden

Gesellschaften integriert und als Faustpfand gegen Israel benutzt, anstatt dass ihnen ein gutes und würdiges Leben erlaubt und ermöglicht würde. Dies erwähnt die Ausstellung Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948 ganz am Ende im Kleingedruckten (Tafeln 10 und 11), aber erst nachdem auf den 9 Tafeln zuvor Israel und die Juden (unter dem Label "Zionisten") einseitig als Übeltäter beschrieben worden sind. Schließlich werden die aus den umliegenden arabischen Staaten nach 1948 geflüchteten und vertriebenen Juden verschwiegen, die nach Israel kamen und dort als volle Staatsbürger integriert wurden. Der Streit um genaue Zahlen oder gar eine Aufrechnung palästinensischer und jüdischer Flüchtlinge steht hier gar nicht zur Debatte. Aber das Leid auf einer Seite lautstark zu beklagen und es fälschlicherweise ausschließlich der anderen Seite in die Schuhe zu schieben, und dann auch noch das Leid auf dieser anderen Seite zu verschweigen, ist schon Ausweis einer erheblich verzerrten und unausgewogenen Darstellung, und zeigt, dass Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948 von Unversöhnlichkeit und Ressentiment geprägt ist.

Zusammenfassend zeichnet die Ausstellung Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948 ein völlig einseitiges Bild von denen, die pauschal als "Opfer des Zionismus" dargestellt werden, und vom Staat Israel, dessen Gründung insgesamt als moralisch verwerfliches Unternehmen gekennzeichnet wird, als Katastrophe für die arabischen Menschen, die im Mandatsgebiet lebten, alleine dadurch, dass es den Staat Israel gibt. Der Antisemitismus in der arabischen Gesellschaft vor 1948, der weitverbreitete Wunsch nach der Auflösung Israels, der Missbrauch palästinensischer Flüchtlinge und ihrer Nachkommen durch die Israel umgebenden Staaten, die jüdischen Flüchtlinge nach 1948 kommen durchgängig nicht vor.

Neben diesen in Stichpunkten aufgeführten ausgewählten inhaltlichen Mängeln der Ausstellung gibt es eine Reihe weiterer politisch motivierter Unschärfen und auch mangelnde Klarheit in der Rezeption historischer Arbeiten. So wird der israelische Historiker Benny Morris zitiert als Zeuge dafür, dass es im Unabhängigkeitskrieg eine Politik der "ethnische[n] Säuberung" gegenüber Palästinensern gegeben habe (Tafel 5). Tatsächlich widerspricht Morris dem deutlich in seinen eigenen Arbeiten; ihm wird aber hier, im Dienste der einseitigen Sache, kurzerhand in den Mund gelegt, was die InitiatorInnen für notwendig halten. Ähnlich verhält es sich mit einer Arbeit von Schreiber und Wolffsohn, die im Ausstellungskatalog häufig zitiert wird (Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts, 1993, Leske & Budrich). Allerdings wird sie nicht sachgerecht zitiert, sondern sinnentstellend, so dass auch in diesem Fall man sich offenkundig Kronzeugen erschaffte, in dem man das, was sie schreiben, so herumdrehte, wie es ins eigene Kalkül passte [siehe Artikel in den Stuttgarter Nachrichten vom 17.11.2012: <http://www.dig-stuttgart.net/wp-content/uploads/2008/03/StN-121117-KonsternierteKronzeugen.pdf>]

Die Ausstellungsmacher scheuten sich auch nicht, Geschichten zu erfinden, wie die Stuttgarter Nachrichten vom 10.11.12 aufdeckten:

In der Präsentation erzählt der fünf Jahre alte Mohammad aus dem Flüchtlingslager Al-Rashidiya im Südlibanon von Flucht und Vertreibung: „Mein Vater ist psychisch schwer krank und kann nicht arbeiten. Meine Eltern und wir sechs Kinder bekommen deshalb Lebensmittelpakete von der UNRWA“, sagt der Kleine. Unsere Zeitung wollte sich die Geschichte von Mohammad selbst erzählen lassen. Im Flüchtlingsdorf Al-Rashidiya unweit der Stadt Tyros erkannte keiner der Gesprächspartner den Jungen, der in der Ausstellung im roten Pullover lächelt.

Schließlich ist auch die Geschichte um die Entstehung sowie die Vermarktung der Ausstellung instruktiv, wenn man einschätzen möchte, welche Motive die InitiatorInnen verfolgen. Stolz präsentiert der Verein Flüchtlingskinder im Libanon e. V. auf der Seite <http://www.lib-hilfe.de/fakten_ausstellung_chrono.html>, dass die Ausstellung an jedem Ort, wo sie aufgestellt wird oder werden soll, auf Proteste und Kritik stößt. Dabei wird überwiegend wahrheitswidrig behauptet, die Proteste seien anonym – aber darauf, dass die Proteste damit zu tun haben könnten, dass die Ausstellung in ihrem Wesen falsch und diffamierend sein könnte, kommen die VeranstalterInnen nicht. Vielmehr wird die allseitige Kritik zum Anlass genommen, sämtliche Individuen, Gruppen und Institutionen, die sich gegen die Nakba-Ausstellung aussprechen (DGB Frankfurt, Dietrich-Bonhoeffer-Kirche in Tübingen, Stadtbibliothek Freiburg, verschiedene Arbeitsgemeinschaften der DIG, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg, VVN-BdA, Stadt Köln etc.) pauschal als diskussionsunwillig, querulantisch und aggressiv herabzusetzen. Diese Praxis verdeutlicht bereits, dass der Hintergrund der Ausstellung keineswegs der Wunsch nach Aussöhnung oder differenziert-inhaltlicher Auseinandersetzung ist, sondern als Propagandaveranstaltung intendiert ist, die Kritiker von vorneherein diskreditiert und ihre Kritik als Indiz moralischer Verwerflichkeit ausweist.

Auf der anderen Seite finden sich in der Liste der Unterstützer der Ausstellung [http://www.lib-hilfe.de/fakten_ausstellung_unterstuetzer.html] allerhand Personen, die für ihre Einseitigkeit und tiefe Antipathie gegenüber dem Staat Israel weithin bekannt sind, z. B. Norman Paech, Annette Groth, Norbert Blüm, Johan Galtung und Günter Grass.

Norman Paech und Annette Groth sind gemeinsam mit islamistischen und rechtsgerichteten Aktivisten auf der Mavi Marmara mitgefahren, auf dem Schiff, das nach explizitem Bruch internationalen Rechts von der israelischen Armee geentert wurde, wobei nach Angriffen auf die Soldaten neun Tote zu beklagen waren. Im Nachgang sprach sich Norman Paech dafür aus, die deutsche Marine gegen Israel einzusetzen, Annette Groth trat wiederholt öffentlich als Augenzeugin der "Friedens"-Flotille auf und hetzte auf den Veranstaltungen unverhohlen gegen Israel (auf diesen Veranstaltungen von Frau Groth wurde unter anderem behauptet, der Antisemitismus sei eine Erfindung, um "uns Deutsche" kleinzuhalten).

Norbert Blüm bezeichnet in perfider Umkehr und in allzu durchsichtig sekundär antisemitischer Tradition das Verhalten der israelischen Armee im Konflikt mit arabischen Kräften, deren erklärtes Ziel es ist, Israel abzuschaffen, als "hemmungslosen Vernichtungskrieg".

Johan Galtung ist mittlerweile als Vertreter abstruser Verschwörungstheorien (u. a. behauptet er, der Mossad stecke hinter dem Anschlag von Anders Breivik auf ein norwegisches Jugendlager) und schäumender Feind Israels und der USA bekannt. Galtung wurde inzwischen sogar von der Universität Kiel ausgeladen, weil sie nicht mit Galtung assoziiert werden möchte.

Günter Grass machte im vergangenen Jahr unter anderem von sich reden durch die groteske Behauptung, die israelische Regierung wolle das "iranische Volk auslöschen".

Während die bloße Assoziation der Ausstellung mit den Namen von diesen und anderen Unterstützenden an und für sich keine argumentative Kraft hat, verweist doch diese Unterstützerschaft exemplarisch darauf, welche Inhalte, Überzeugungen und Neigungen durch die fragliche Ausstellung transportiert und gefördert werden.

Zusammenfassend gibt es also mehrere Gründe, die schon auf den ersten Blick Zweifel aufkommen lassen daran, dass die Ausstellung Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948 ein angemessenes Bild der Gründungsgeschichte Israels zeichnet. Das ist auch nicht weiter verwunderlich: die VeranstalterInnen selbst erklären in der Broschüre zur Ausstellung, dass sie eine einseitige Sichtweise anstreben:

"Die aus der Ermordung von Millionen Juden im Nationalsozialismus erwachsene deutsche Schuld hat dazu geführt, dass Gesellschaft, Politik und Medien ganz überwiegend das israelische Verständnis dieses Zeitabschnitts verinnerlicht haben. Dadurch wurde der Blick auf das Leid des palästinensischen Volkes verstellt. Die Thematisierung der Flucht und Vertreibung dieser Menschen, erst recht ihrer Forderungen nach Rückkehr und Entschädigung, gilt bis heute vielfach als Tabubruch." [Die Nakba. Begleitheft zur gleichnamigen Ausstellung, download am 3.4.2013 von http://www.lib-hilfe.de/mat/ausstellung/Broschuere_Nakba.pdf]

Wir verwarfen uns gegen die Behauptung, dass der "Blick auf das Leiden des palästinensischen Volkes" verstellt wurde, schon gar nicht ist dies geschehen dadurch, dass das "israelische Verständnis dieses Zeitabschnitts" "überwiegend" "verinnerlicht" worden wäre. Im Gegenteil ist Antipathie gegenüber Israel eine weit verbreitete Grundhaltung in der deutschen Gesellschaft (quer durch sämtliche politischen Lager) und die falsche Meinung, Israel sei entstanden dadurch, dass räuberische Juden "den Palästinensern" ihr Land weggenommen haben, ist leider alles andere als ein Tabubruch im gegenwärtigen Diskurs. Insofern kann die Inszenierung der InitiatorInnen als TabubrecherInnen – zusammen mit der groben Geschichtsklitterung der Ausstellung auf inhaltlicher Ebene –, verstanden werden als typisches Element eines modernen Antizionismus, der sich als widerständig und aufmüpfig inszeniert ("Man muss doch auch mal sagen dürfen..."), tatsächlich aber eben ein Ressentiment gegen den jüdischen Staat Israel bedient und schürt, das bedauerlicherweise tief verwurzelt und weit verbreitet ist.

Wir bitten Sie, Ihre Entscheidung zu überdenken, und davon zurückzutreten, dieser zweifelhaften, explizit israelfeindlichen Ausstellung auf dem Kirchentag ein Forum zu bieten. Wir hoffen auf Ihre Stellungnahme zu unserem Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen,

gez. Bärbel Illi

gez. Dr. Johann Jacoby